

Kohleausstieg auf der Zielgeraden

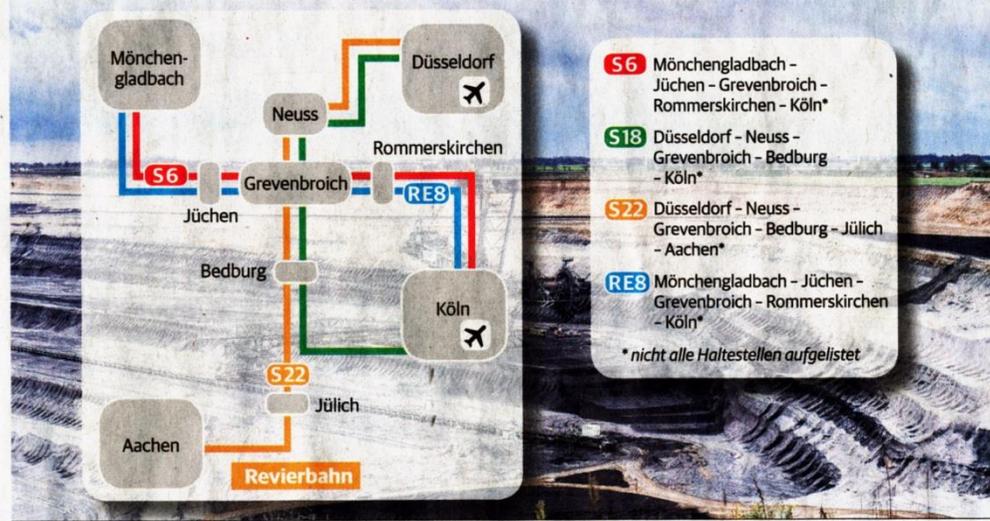
Die Verträge mit Braunkohle-Betreibern liegen auf dem Tisch. Bei Strukturstärkungsgesetz ist „Revierbahn“ wieder Thema.

VON VOLKER UERLINGS
UND TERESA DAPP

DÜREN/BERLIN Die Vorbereitungen für den deutschen Kohleausstieg bis spätestens 2038 kommen voran. Das Bundeskabinett stimmte am Mittwoch einem Vertrag des Bundes mit Braunkohle-Unternehmen zu, der das Abschalten der Kraftwerke schon ab diesem Jahr und Entschädigungen von 4,35 Milliarden Euro regelt. Unterschrieben werden und in Kraft treten kann der Vertrag aber erst, wenn das Gesetz zum Kohleausstieg beschlossen ist. Das soll kommende Woche im Bundestag und im Bundesrat passieren. Bis dahin sind noch einige Fragen zu klären. Offen bleiben vor allem noch Fragen zum Steinkohle-Ausstieg, etwa zu Entschädigungen.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) nannte den Braunkohle-Vertrag einen Meilenstein. „Damit steht fest: Wir werden das Zeitalter der Kohleverstromung planbar und wirtschaftlich vernünftig beenden.“ Zugleich würden Zukunftsperspektiven in Kohleregio-

So könnte das S-Bahn-Netz künftig aussehen



MHA-INFOGRAFIK, QUELLE: KLAUS KRÜTZEN/STADT GREVENBROICH

nen geschaffen. Da sind vor allem die Lausitz, das Mitteldeutsche Revier und das Rheinische Revier, betroffen.

In dem öffentlich-rechtlichen Braunkohle-Vertrag wird deutlich, dass es mit dem Kohleausstieg auch schneller gehen könnte. Er stellt klar, dass der Abschalt-Termin für Kraftwerke um drei Jahre vorgezogen werden kann und es dafür keine zusätzliche Entschädigung gibt, wenn der Bund dies fünf Jahre vor dem früheren Datum beschließt. Zudem schreibt er fest, dass politische Entscheidungen, die Kohlekraftwerke unwirtschaftlich machen könnten, nicht zu zusätzlichen Ansprüchen führen – etwa, wenn der CO₂-Preis steigt, Energiesteuern sich ändern oder erneuerbare Energien schneller ausgebaut werden. Kritiker hatten befürchtet, dass

der Bund sich selbst über den Vertrag den klimapolitischen Handlungsspielraum nehmen könnte – und zeigte sich erleichtert. „Der Kohleausstieg wird schneller kommen, als viele gucken können“, sagte der Chef des Umwelt-Dachverbands Deutscher Naturschutzring, Kai Niebert. Das Gesetz zum Kohleausstieg werde sich immer mehr zur „Rückfalloption“ entwickeln.

Der Vertrag soll auch den Erhalt des umkämpften Hambacher Forsts sichern. „Durch die Einhaltung des Stilllegungspfads kann sichergestellt werden, dass der Hambacher Forst (...) erhalten bleibt“, heißt es darin. Der Konzern RWE werde den Wald, der zu einem Symbol des Wi-

derstands gegen klimaschädlichen Kohlestrom geworden ist, „nicht für den Tagebau in Anspruch nehmen.“

Mit Blick auf den notwendigen, aber aufwendigen und teuren Rückbau der riesigen Tagebaue stellt der Vertrag klar, dass die Entschädigung – 2,6 Milliarden Euro für RWE, 1,75 Milliarden für die Leag – genutzt werden muss, „die Tagebaufolgekosten rechtzeitig abzudecken“. Die Unternehmen sagen im Vertrag außerdem zu, auf Klagen gegen den Kohleausstieg zu verzichten.

Bundestag und Bundesrat haben unterdessen nicht nur über den Ausstieg zu entscheiden, sondern auch über das Strukturstärkungsgesetz. 40 Milliarden Euro, von denen allein 15 Milliarden Euro binnen 20 Jahren auf Nordrhein-Westfalen entfallen, sollen dabei helfen, die durch die Kohle wegfallenden wirtschaftlichen Strukturen zu ersetzen und neu aufzustellen. Das geschieht mit der Finanzierung einer Vielzahl von Projekten, die dabei helfen sollen, neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen – wie in dem neuartigen Jülicher Gewerbegebiet Brainergy-Park. Das Strukturstärkungsgesetz sieht außerdem vor, in Jülich insgesamt 700 Millionen Euro zu investieren, um die Wasserstoffwirtschaft zu erforschen und auch marktreif zu machen – in einem sogenannten „Helmholtz-Cluster“ am Forschungszentrum. Zudem finden sich auch ehrgeizige Infrastrukturprojekte, die auf den letzten Drücker noch um die „Revierbahn“ bei den Verhandlungen in Berlin erweitert wurden. Gemeint ist ein S-Bahn-Gleis von Aachen über Jülich nach Düsseldorf.

HAMBACH

Personen aus Gewahrsam entlassen

Die Polizei räumte am Mittwoch im Hambacher Forst neu-errichtete kleinere Barrikaden weg. Im Bereich der alten A4-Trasse hatten Unbekannte Altreifen angezündet und Nagelbretter ausgelegt, die von Beamten entfernt wurden. Zwei am Dienstag in Gewahrsam genomme-

ne Personen wurden am Mittwoch nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Aachen wieder entlassen. Beide hatten gestern auf ihrem Transport zur Polizeiwache das Einsatzfahrzeug mit Fäkalien beschmiert. Eine Frau wurde identifiziert und muss sich nun wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung verantworten. (red)